



Die traditionelle Mais-Aussaart ist in Mexiko noch heute in viele Rituale gebettet.

Lateinamerika appelliert an UN-Menschenrechtsrat wegen Gentechnik

Veröffentlicht am: 29.08.2013

In einem offenen Brief appelliert das Netzwerk für ein Gentechnikfreies Lateinamerika (RALLT) an den UN-Menschenrechtsrat sowie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), eine umfassende Prüfung von Gentechnik-Pflanzen zu erwirken. Bis die Ergebnisse bekannt sind, sollen Anbau-Moratorien verhängt werden. Der Anbau von transgenen Pflanzen habe zu weitreichenden gesundheitlichen, ökologischen und kulturellen Folgen geführt. Der Gentechnik-Anbau müsse über Instrumente wie das Cartage-

na Protokoll hinaus auch auf der Ebene von systematischer und legalisierter Verletzung der Menschenrechte diskutiert werden.

Das Netzwerk, bestehend aus 30 Organisationen aus 12 Ländern, ersucht die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay, die Regierungen der Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Bolivien zu einer umfassenden Bewertung von Gentechnik-Pflanzen hinsichtlich der Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität unter Einbeziehung der Opfer zu bewegen. Bis die Ergebnisse vorliegen soll der Anbau gestoppt werden. Das Ausmaß der gesundheitlichen Risiken durch den extensiven, an den Anbau von Gentechnik-Pflanzen gekoppelten Einsatz von Pestiziden sei enorm. RALLT vergleicht dies mit einem Genozid. Millionen von Menschen sind vom Sprühen der glyphosathaltigen Gift-Cocktails in den Sprühzonen und angrenzenden Gebieten gesundheitlich betroffen.

RALLT appelliert auch an den UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter. Flächen die früher für die Nahrungssicherung der Bevölkerung zur Verfügung standen, dienen jetzt der Agrarindustrie. Die Länder Südamerikas produzieren Gentechnik-Soja und Mais als Futter-, nicht als Lebensmittel. Gentechnik-Pflanzen seien ein transnationales Geschäft für transnationale Firmen, nicht für Verbraucher und lokale Landwirte. RALLT bittet Olivier de Schutter die Moratoriumsempfehlung für die mexikanische Regierung, den Anbau von Gentechnik-Mais zu stoppen, noch einmal hervorzuheben. Denn ein großflächiger Anbau hätte einen noch größeren Schaden für die Biodiversität und das Recht auf Nahrung zur Folge.

Da Mais in Südamerika eine große kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung hat, geht der Appell auch an die UN-Sonderberichterstatterin für kulturelle Rechte Farida Shaheed. Die Regierungen von Mexiko, Kolumbien, Honduras, Costa Rica, Chile und Paraguay sollen eine sofortige Bewertung der Gentechnik-Pflanzen vor allem hinsichtlich der kulturellen und sozialen Auswirkungen prüfen. Wie beeinflussen transgene Mais-Sorten die heimischen Sorten und das Wissen darum? Das eingesetzte Verfahren solle transparent und partizipativ sein. Auch in diesen Ländern solle bis zu dem Erhalt von Ergebnissen ein Anbaustopp von Gentechnik-Pflanzen erteilt werden.

An den Exekutivdirektor der Konvention für Biodiversität (CBD) Bráulio Ferreira de Souza Dias, richtet das Netzwerk die Sorge um die Biodiversität durch den hohen Einsatz von Pestiziden bei Gentechnik-Pflanzen. Die schon jetzt bestehenden Probleme würden sich mit den neuen Gentechnik-Pflanzen, die gegen noch mehr toxische Herbizide resistent sind, noch verschärfen. Diese Problematik ist bisher nicht im Cartagena Protokoll verankert und müsse nachgebessert werden. Direktor Dias hatte auch in der Vergangenheit den Gefahren von biotechnologischen Verfahren zugestimmt und zugesichert, die nationalen Behörden zu informieren. Zusätzlich warnt RALLT vor dem großflächigen Anbau von Gentechnik-Mais in Mexiko, der zwangsläufig zu einer irreversiblen Verunreinigung von lokalen Sorten führen wird. Da Mexiko das Ursprungsland von Mais ist, solle eine mögliche Verunreinigung nicht nur als nationales Problem gesehen werden. Es läge in der Verantwortung der UN-Behörden die Biodiversität und die Rechte der Indigenen nicht aufs Spiel zu setzen. [keh]

- [La Red Por una América Latina Libre de Transgénicos \(RALLT\): Offener Brief an UN-Menschenrechtsrat](#)
- [Infodienst: Fakten zu Roundup und Glyphosat](#)